

in + er N I E r u n g



Stopp den Internierungen!

Keine Ausschaffungen!



Keine Sondergesetze für AusländerInnen!

Seit längerem fordern VertreterInnen von Schweizer Demokraten (SD), Auto-Partei (AP) und SVP eine "härtere Gangart" gegenüber Flüchtlingen in der Schweiz. Nun hat der Zürcher Stadtrat mit seinen sozialdemokratischen Exponenten Estermann und Neukomm eine ihrer Forderungen, nämlich die Internierung von AsylbewerberInnen, die zu bedingten Haftstrafen verurteilt sind, realisiert. Für Zürich erwirkte er über die Fremdenpolizei beim Bundesamt für Flüchtlingswesen in Bern die ersten Internierungsverfügungen. So haben sie im April dieses Jahres neun Asylbewerber, die wegen fehlender Ausweispapiere oder dem Non-Refoulement-Prinzip nicht ausgeschafft werden können, in Zürcher Knästen unter Einzelhaftbedingungen interniert. Eine weitere administrative Massnahme hat Estermann bereits angekündigt: Es werde geprüft, inwieweit die Ausschaffungshaft für in der Drogenszene aufgegriffene AsylbewerberInnen mit zentraler Unterbringung in bewachten Unterkünften (denkbar Zivilschutzbunker oder Militärlager, wie sie auch schon übungshalber eingerichtet wurden) angewendet werden könnte. Hiervon wären - immer laut Estermann - fürs erste ca. 70 Leute betroffen.

Alle diese Massnahmen werden mit der verlogenen Begründung vorgebracht, endlich etwas gegen die Drogenszene im Kreis 5 zu unternehmen.

Die Massnahme der Internierung ist ein weiterer Schritt in der Schaffung und Durchsetzung von restriktivem und repressivem Sonder"recht" für AusländerInnen. Die erneute Verschärfung in der Anwendung des ohnehin schon sehr ausländerInnenfeindlichen ANAG (Gesetz über den Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern) führt die schleichende Abschaffung des Asylrechts weiter.

Gegen weitere Diskriminierung von Nicht-Schweizerpass-BesitzerInnen

- Die Forderung nach Internierung ist Teil einer rassistischen Propaganda, welche sich gegen Migration überhaupt wendet. Schweizer Demokraten, die LdU-Chefin und populäre KonsumentInnen-Vertreterin Monika Weber bis hin zur Sozialdemokratie arbeiten auf einen nationalen Konsens zur Abschottung der Schweiz gegen unerwünschte AusländerInnen hin.
- JedeR AusländerIn, die/der gegen die innere oder äussere Sicherheit bzw. gegen die öffentliche Ordnung verstösst" kann gemäss ANAG (Art. 14) interniert und ausgeschafft werden. Geht es gar nach gewissen bürgerlichen "VordenkerInnen" (z.B. Walter Schmid, Leiter der städt. Fürsorgeamtes), soll dies auch für jedeN AusländerIn gelten, der/die dem Staat und seinen Bütteln als sogenannt dissozial (von der bürgerlichen Norm abweichend) auffällt.

Wander Kundgebung im Kreis 5 gegen

Samstag 19. Juni 93, 10Uhr Migros Limmatplatz

- Mit der Möglichkeit ihrer Internierung wird der ausländischen Bevölkerung ein weiteres Mal die Gleichbehandlung vor dem Gesetz verweigert. Schon immer werden AusländerInnen im Rechtsstaat systematisch diskriminiert: keine Niederlassungsfreiheit, kein Stimm- und Wahlrecht, keine Rede- und Pressefreiheit, schärfere Verurteilungspraxis der Gerichte, etc.

Internierung als Lösung der Drogenfrage ?

- Mit dem absurden Konstrukt, schweizerische Drogensüchtige seien Opfer von ausländischen DrogendealerInnen, werden einerseits die wahren Ursachen des Drogengebrauchs verschleiert und andererseits wird rassistische Propaganda betrieben.
- Internierungen bringen keine Lösung der Drogenfrage. Es werden damit nur die Kleindealer ausgewechselt, nicht aber der Drogenhandel gestoppt. Solange Prohibition besteht, es also illegale Drogen gibt, an denen die Banken und die respektable Wirtschaft im Milliardenhöhe profitieren, wird es Drogenhandel geben, der auf DrogenverkäuferInnen unter prekärsten Arbeitsbedingungen angewiesen ist. Es verschwindet weder die Nachfrage nach diesen Drogen, noch die Nachfrage nach Einkommensmöglichkeiten für AsylbewerberInnen, die kein Recht auf Arbeit haben.

Wer nicht zu integrieren ist, ist zu interNIERen !

- In einer Festung der Privilegierten und Reichen, welche mit verschiedenen Abkommen (Schengen, Trevi...) abgesichert wird, wird es keinen Platz für Menschen aus Osteuropa und dem Trikont geben. Die Internierungen sind eine wichtige Massnahme zur Durchsetzung dieser Festung Europa. Auch hier dient – wie weltweit – der Drogenhandel als ideologische Argumentationsbasis für eine Politik der Ausgrenzung.
- Ein solches Repressionsinstrument, heute gegen straffällige AsylbewerberInnen eingesetzt, kann sich schon morgen gegen weitere den Herrschenden unbequeme Menschen richten. Dies sieht mensch am umstrittenen, aber längst praktizierten fürsorglichen Freiheitsentzug (FFE), mittels dessen Menschen auf der Gasse mit dem Kriterium "Verwahrlosung" in Psychiatrien interniert werden.

Und überhaupt:

- **Offene Grenzen und Bleiberecht für alle !**
- **Keine Verschärfung der Asylgesetzgebung !**
- **Weg mit der Drogenprohibition!**

Anti-Rassismus-Café

Jeden zweiten Sonntag ab 19. Uhr im Infoladen KASAMA, Klingenstrasse 23, Kreis 5

Nächste Termine: 30. Mai, 13. Juni, 27. Juni

Alarmnummern bei rassistischen Angriffen: (01) 241 15 02 (16-18 Uhr) oder (01) 272 19 85